

Zollikon muss über die Bücher

ZOLLIKON Der Zolliker Gemeinderat stiess an der Gemeindeversammlung auf grossen Widerstand: Er musste sowohl bei Liegenschaftengeschäften wie auch beim Budget Abstriche und Rückweisungen in Kauf nehmen. Ein Antrag für höhere Steuern scheiterte zudem ziemlich knapp.

Die grösste Überraschung hätte der Gemeinderat am Mittwoch fast noch am Ende der Gemeindeversammlung erlebt – um 23.30 Uhr: Der Antrag der EVP für eine Steuererhöhung um 3 auf 85 Prozent scheiterte erstaunlich knapp – mit 159 Gegenstimmen. Immerhin 142 der noch anwesenden Stimmbürger hatten dem von der SP unterstützten Antrag zugestimmt.

Daniel Merz von der EVP und Esther Meier von der SP hatten die Erhöhung mit dem Hinweis gefordert, dass man der Verschuldung nur mit höheren Steuern nachhaltig begegnen könne. Merz appellierte an den Gemeinderat, endlich eine verantwortungsvolle Finanzpolitik zu betreiben, die auch die nächsten Generationen im Auge habe und nicht mehr länger mit zu tiefen Steuern Schulden auftürme.

Die Steuergeschichte war das Finale einer Versammlung, die einige Überraschungen bot. Es begann mit dem Grossaufmarsch von 410 Stimmberechtigten und ging weiter mit Liegenschaftengeschäften, die auf massive Opposition stiessen. So wurde der Antrag, die Liegenschaft «Im Hasenbart 19» im Baurecht an eine Wohnbaugenossenschaft abzugeben, mit klarem Mehr zurückgewiesen. Der Gemeinderat argumentierte, die Liegenschaft, auf der bisher ein Kindergarten steht, sei für die Gemeinde strategisch wichtig, weshalb man sie nicht verkaufen wolle. Es solle aber die beste Offerte zum Zug kommen. Bernhard Ecklin (SVP), Vorsteher des Ressorts Liegenschaften, bezeichnete die Vorlage als ausgewogene und gute Lösung für die Bevölkerung.

Scharfe Kritik der RPK

Der Antrag zur Baurechtsvergabe wurde gleich von verschiedener Seite abgelehnt: Von Viktor Sauter, der als Präsident der RPK den Verkauf der Liegenschaft forderte. Dies etwa mit dem Hinweis auf die Verschuldung und den finanziellen Mehrwert für die Gemeinde. Sukkurs erhielt er von Thomas Gugler (SVP), aber auch von Vertretern der Zolliker Wohnbaugenossenschaften. Letztere meinten, die Abgabe an den

Meistbietenden verunmögliche den Bau von günstigen Wohnungen. Die SP, vertreten durch Esther Meier, unterstützte die Baurechtsvergabe. Sie wurde jedoch von 274 Stimmbürgern abgelehnt – mit grosser Mehrheit.

Scharf kritisiert wurde auch der geplante Verkauf einer Liegenschaft an der Neuackerstrasse für mindestens 5 Millionen Franken. Bernhard Ecklin begründete ihn mit dem Geld, das die Gemeinde für Investitionen brauche und dem fehlenden öffentlichen Nutzen. Vergeblich: Die Gegner aus EVP, SP und vonseiten der Wohnbaugenossenschaften orteten einen «Verkauf des Tafelsilbers» an wohlhabende Investoren und forderten diesmal die Abgabe im Baurecht. Grund: Zollikon brauche eher Wohnraum für Leute, die nicht viel Geld hätten. Die Folge: Der Verkauf wurde mit 303 zu 86 Stimmen abgeschmettert.

Angenommen wurde der Verkauf eines günstigeren Grundstücks (Unterhueb) und die Einmaleinlage in die Personalvorsorgestiftung der Gemeinde von 600 000 Franken. Doch auch diese Finanzspritze, die gemäss Gemeinderat Marc Raggenbass (FDP) ausschliesslich dazu dient, Angestellten mit tiefen Einkommen Einbussen bei den Renten auszugleichen, stiess auf dezi-

«Wenn wir nicht eingreifen, droht uns eine Schuldenfalle.»

*Urs Fellmann,
Finanzvorstand Zollikon*

dierte Opposition: Die RPK, vertreten von Viktor Sauter, lehnte auch diesen Antrag ab – unterstützt von Thomas Gugler.

Sauter begründete dies unter anderem mit dem Hinweis, dass die PK-Leistungen Zollikons heute schon komfortabel seien – und bereits mehrere Sanierungsrunden mit Zusatzbeiträgen erfolgt seien. Er plädierte für eine

nachhaltige Lösung – etwa mittels Anschluss an eine grössere Pensionskasse zur Senkung der Risiken. Die Stimmberechtigten folgten der RPK nicht und hiessen die Einlage mit 213 zu 160 Stimmen gut.

Sehr hohe Investitionen

Änderungsanträge stellte die RPK auch zum Budget, wobei sie erneut von der SVP und diversen Rednern unterstützt wurden. Bemerkenswert waren hier die Aussage von Finanzvorstand Urs Fellmann (FDP), der klipp und klar auf die steigende Verschuldung aufmerksam machte, die primär auf die hohen Investitionen zurückzuführen sei: «Wenn wir und Sie – die Stimmbürger – nicht eingreifen und es so weitergeht, droht uns eine Schuldenfalle», stellte Fellmann fest. Der Gemeinderat hatte sich schon im Vorfeld besorgt gezeigt – und vor höheren Steuern gewarnt.

Bei der Budgetdebatte erlitt der Gemeinderat eine weitere Schlappe. Die RPK brachte den Antrag durch, den Betrag für Lohnerhöhungen fürs Personal von rund 240 000 Franken zu

streichen. Generelle Erhöhungen stünden schieflin in der Landschaft, so Sauter – und Gemeindepräsidentin Katharina Kull-Benz (FDP) betonte vergeblich, dass das Geld nur für individuelle Anpassungen vorgesehen sei.

Der Sanierungskredit von 3,5 Millionen für die Sauna und ihr Gebäude im Schwimmbad Fohrbach wurde hingegen trotz des Streichungsantrags der RPK klar angenommen. Das Argument von Gemeinderat Sascha Ullmann (GLP), die Investition sei sinnvoll und nötig, konnte die Stimmberechtigten eher überzeugen.

Plötzlich ein Gewinn

Die Budgetdebatte endete dann nicht nur wegen des Antrags auf eine Steuererhöhung mit einer weiteren Überraschung. Wie ein Wunder wirkte auch die Tatsache, dass aus dem kleinen Budgetdefizit für 2017 plötzlich ein Gewinn von 12 000 Franken geworden war. Dies dank dem gestrichenen Beitrag für Lohnerhöhungen für das Personal. Die schwarze Null war so etwas wie «good news» – wenigstens für die Steuerzahler. *René Pfister*



Das Grundstück im Hasenbart im Zollikerberg, auf dem sich noch ein Kindergarten befindet, wird nun nicht im Baurecht vergeben.

Manuela Matt